RUSSLAND

Das Leben der anderen

ITAR-TASS

Natalja Sindejewa, 42, Gründerin und Direktorin des Kabel- und Internet-Fernsehsenders Doschd, über Schikanen gegen ihren Kanal

SPIEGEL: Wer hat dafür gesorgt, dass Doschd – der einzige unabhängige Sender in Russland – aus den Kabelnetzen verschwindet?
Sindejewa: Das weiß ich nicht genau, aber der Druck auf uns hatte in den vergangenen Monaten stark zugenommen. Kremlnahe Blogger unterstellten uns, dem kaukasischen Terroristenführer Doku Umarow ein Forum zu geben, weil wir auf unserer Website über ihn geschrieben hatten.
SPIEGEL: Geschieht das Ganze auf Anweisung des Präsidenten?
Sindejewa: Jedenfalls kennen Wladimir Putin und Premierminister Dmitrij Medwedew den Vorgang.
SPIEGEL: Sie haben Oppositionellen wie dem Anti-Korruptions-Blogger Alexej Nawalny eine Plattform geboten und vor zwei Jahren die Massendemonstrationen gegen Putin übertragen. Warum hat man Ihren Sender nicht schon eher geschlossen?
Sindejewa: Bei uns saßen auch Minister und Spitzenbeamte im Studio. Wir waren für die herrschende Elite so etwas wie das Fenster zum Leben der anderen. Über Doschd erreichten sie all diejenigen, die kein Staatsfernsehen mehr schauen. Putins Pressesprecher hat uns Rede und Antwort gestanden, und Medwedew hat zu seiner Zeit als Präsident unsere Reporter eingeladen.
SPIEGEL: Wie ist es um die Pressefreiheit in Russland bestellt?
Sindejewa: Bisher habe ich immer geantwortet, dass es sie gibt. Unser Sender war ein Beweis dafür. Das Vorgehen gegen uns ist nun nicht nur ein Anschlag auf die Pressefreiheit, sondern einer auf den Rechtsstaat. Man hätte uns ja vor Gericht ziehen können, stattdessen verbreiten die staatsnahen Kabelnetzbetreiber uns einfach nicht weiter, natürlich auf Druck von oben.
SPIEGEL: Warum erfolgte der Schlag gegen Sie unmittelbar vor den Olympischen Winterspielen in Sotschi?
Sindejewa: Das ist wohl ein Zufall. Alles lief schon länger darauf hinaus. Es stört die Verantwortlichen nicht, wenn dies das Image Russlands im Ausland beschädigt.

IRAN

Signale an Israel

MARYAM RAHMANIAN / DDP IMAGES / NEWSCOM / UPI

Iranische Juden in Teheran

Nach Jahrzehnten der internationalen Isolation bemüht sich die iranische Regierung um symbolstarke Diplomatie gegenüber der jüdischen Gemeinde. Vergangenen Donnerstag spendete Präsident Hassan Rohani eine sechsstellige Summe an das Jüdische Krankenhaus in Teheran, sein Bruder Hossein Ferejdun überbrachte die Nachricht. „Unsere Regierung wünscht, alle ethnischen und religiösen Gruppen zu vereinen, deshalb helfen wir“, so Ferejdun.
Die Geste reiht sich ein in eine Charme-Offensive Rohanis – Analysten warnen jedoch vor allzu großen Hoffnungen. Die meisten iranischen Juden stützen den antiisraelischen Kurs der Regierung. Der einzige jüdische Abgeordnete im Parlament sagte erst vor wenigen Monaten im SPIEGEL: „Wir unterscheiden zwischen dem jüdischen Glauben und Zionismus.“
Bedeutsamer als Rohanis Spende ist womöglich die Aussage des iranischen Außenministers Dschawad Sarif nach der Münchner Sicherheitskonferenz am vorvergangenen Wochenende: Sarif bezeichnete den Holocaust als „grausame Tragödie des Umbringens“. Damit distanzierte er sich von Rohanis Vorgänger Mahmud Ahmadinedschad, der die Auslöschung des Staates Israel gefordert hatte. Diplomatische Beziehungen zwischen beiden Staaten seien denkbar, sagte Sarif. „Sobald das Palästinenser-Problem gelöst ist, sind die Voraussetzungen für die Anerkennung Israels gegeben.“

BRASILIEN

Der ewige Lula

Enge Vertraute von Ex-Staatschef Luíz Inácio Lula da Silva behaupten, der noch immer beliebte Volksheld wolle bei der Präsidentschaftswahl in vier Jahren wieder antreten. Lula glaube, dass nur er im Jahr 2018 in der Lage sein werde, einen Sieg des Gouverneurs von Pernambuco, Eduardo Campos, zu verhindern.
Der Linkspolitiker Campos, ein ehemaliger Verbündeter Lulas, will bereits bei der diesjährigen Wahl im Oktober gegen die Amtsinhaberin Dilma Rousseff kandidieren. Er ist dafür eine Allianz mit der früheren Umweltministerin Marina Silva eingegangen, einem Idol vieler junger Brasilianer. Lula, 68, setzt sich diesmal für die Wiederwahl Rousseffs ein, aber 2018 darf diese nicht erneut antreten. Dann wäre der Weg für ihren Mentor Lula wieder frei. Von seiner Krebserkrankung, die vor gut zwei Jahren diagnostiziert wurde, ist er nach Auskunft der Ärzte genesen.

GETTY IMAGES

Lula, Rousseff